

1. September 2013

Rede zum Antikriegstag in Witten

„Es lebe der Friede! Antimilitarismus der Arbeiterjugendbewegung und Herausforderungen für eine zivile Gesellschaft!“

Eric Schley

Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Vielen Dank, das ich für die Gewerkschaftsjugend NRW an diesem, für uns alle wichtigen Tag bei euch in Witten sprechen kann.

Seit 1957 gedenkt die DGB Jugend am 1. September den über 75 Millionen Toten der letzten zwei Weltkriege und fordert im Angesicht dieser Katastrophen ein Ende aller Kriege.

Am 1. September 1939 überfiel die Deutsche Wehrmacht Polen. Bereits in den ersten Stunden dieses Weltkrieges wurde mit der Vernichtung der polnischen Intelligenz und der polnischen Juden begonnen. Dies ist für uns heute kaum vorstellbar.

Als ich letzte Woche Warschau besuchte, begegnete mir eine Ahnung dieses Vernichtungskrieges meiner Großelterngeneration.

Die Spuren des Warschauer Gettos sind kaum sichtbar, aber allgegenwärtig. Hierhin deportierte die Deutsche Wehrmacht und die SS über 500.000 Warschauer Einwohnerinnen und Einwohner, die aufgrund ihrer Abstammung jüdisch waren. Dies waren 1/3 der Bevölkerung.

Auf einem Quadratkilometer mussten 145.000 Menschen dahin vegetieren.

Diese Zahl wird erst greifbar, wenn man sich vorstellt, dass in der Stadt Witten lediglich 1.300 Menschen auf einem Quadratkilometer zusammenleben.

Nach dem verzweifelten Aufstand, der größtenteils jugendlichen Gettoinsassen, wurde die abschließende Vernichtung der Warschauer Juden durchgeführt.

Der Antikriegstag ist ein Tag gegen den Krieg **und** gegen jede Form des Faschismus und anderer menschenverachtenden Ideologien.

Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Diesem Vernichtungskrieg ging jedoch ein 1. Weltkrieg voraus, der ursächlich durch Nationalismus und Militarismus genährt wurde.

Diese Ideologien bereiteten auch dem deutschen Faschismus den Boden.

Im kommenden Jahr jährt sich am 1. August der Ausbruch des 1. Weltkrieges zum 100. Mal. Dies möchte ich heute bereits zum Anlass nehmen um über eine Geißel der Menschheit zu sprechen, dem Militarismus.

Ein Blick ins Lexikon lässt folgende Definition finden:

Als **Militarismus** wird die Dominanz militärischer Wertvorstellungen und Interessen in der Politik und im gesellschaftlichen Leben bezeichnet, wie sie etwa durch die einseitige Betonung des Rechts des Stärkeren und die Vorstellung, Kriege seien notwendig oder unvermeidbar, zum Ausdruck kommen.

Die um die Jahrhundertwende noch junge Friedensbewegung erkannte, die aus dem europäischen Militarismus entstehenden Gefahren und suchte Alternativen zum Säbelrasseln der Europäischen Staaten.

Es waren Persönlichkeiten wie Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried die sich engagiert gegen diesen Mainstream stellten. So schrieb Bertha von Suttner:

„Rache und immer wieder Rache!

Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut, das soll immer wieder mit Blut ausgewaschen werden.“
Bertha von Suttner wurde 1905 zurecht als erste Frau mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, was man von letzteren Preisträgern nicht behaupten kann.

Aus dem unmittelbaren Erleben heraus, wurzelt der Antimilitarismus der Arbeiterjugendbewegung.

Die europäischen Staaten rekrutierten ihre Armeen aus einer allgemeinen Wehrpflicht heraus. Jedoch waren diese Armeen durch den Klassenstaat geprägt. So gab es in Belgien und den Niederlanden die Möglichkeit sich vom Wehrdienst freizukaufen, was jedoch nur Mitgliedern der Mittel- und Oberschicht finanziell möglich war.

Im Deutschen Kaiserreich hatte sich die Ideologie des Militarismus tief verwurzelt. Hier hatte das Militär nicht nur breiten Rückhalt in der Gesellschaft, sondern hat diese auch weitgehend geprägt.

So stellte Karl Liebknecht zurecht fest:

„Das Militär in Deutschland sei nicht nur ein Staat im Staat, sondern ein Staat über dem Staat.“

Die Klassengesellschaft spiegelte sich im deutschen Militär am stärksten wieder. Für Arbeiter war der Mannschaftsdienst vorgesehen. Die Offizierslaufbahn war dem Adel vorbehalten. Dazwischen bestand jedoch für besonders eifrige Untertanen die Chance eines gesellschaftlicher Aufstieg durch den Militärdienst. Ganz Deutschland war ein Kasernenhof.

Für die Arbeiterbewegung stellte das Militär aber auch eine ganz konkret Bedrohung dar. So wurden zur Niederschlagung von Arbeitskämpfen, wie Streiks das Militär als letztes Aufgebot und Schutzwall der Arbeitgeber eingesetzt. Im Ergebnis mit Toten und schwer Verletzten ArbeiterInnen.

An diesem Punkt setzt die antimilitaristische Bildungsarbeit der europäischen Arbeiterjugendbewegung an.

Da es fast unmöglich war, sich dem Wehrdienst zu verweigern, setzte man auf Gegenerziehung.

Der Militarismus sollte zum einen entlarvt werden, wonach er „eine Waffe in den Händen der besitzenden Klasse ist, mit dem Zweck Teile des Volkes zu unterdrücken und auszubeuten und ganze Völker zu unterwerfen.“ (Liebknecht)

Zum anderen wollte man die jungen Arbeiter gegen die Indoktrinationen während der Militärzeit immun machen.

Es war deshalb nicht zu verwundern, dass das Militär die Arbeiterbewegung als Reichsfeinde par excellence sah und auf deren Unterdrückung drängte. Für das Militär war klar, dass im Kriegsfall dieser innere Feind als erster zerschlagen werden musste.

Dies waren sich SPD und Gewerkschaftsführung nur zu bewusst, was auch eine Ursache für die Burgfriedenspolitik bei Kriegsausbruch war.

Dieser Patriotischen Politik der Führungen von SPD und Gewerkschaften entgegnete auch Widerstand in den Schützengräben. Dies waren vor allem junge Arbeiter, die im Geist eines Antimilitarismus aufwuchsen.

So schreibt Gustav Seiters 1915 in einem Feldpostbrief von der Westfront:

„Wenn dem blinden Militarismus weiter ungehindert Lauf gelassen wird, werden wir schließlich nach kurzer Zeit Ruhe bekommen, die Ruhe des Friedhofs, in dem die Kraft der Nationen begraben liegen.“

So erfolglos diese Bildungsarbeit in Anbetracht des 1. Weltkrieges war, so konnten auch Erfolge verzeichnet werden.

Als 1905 in Norwegen über die Loslösung von Schweden abgestimmt wurde, hat die schwedische Arbeiterjugend einen Kriegseinsatz erfolgreich verhindert.

Mit der Androhung von Massenstreiks und Kriegsdienstverweigerungen musste die schwedische Regierung und das Militär einknicken.

Auch gelang es durch öffentlichen Druck die Militärausgaben zugunsten der Förderung kleiner Landwirte, der Volksbildung und einer Arbeiterversicherung drastisch zu senken. In Großbritannien wurde während des Krieges 1916 erstmals das Recht zur Kriegsdienstverweigerung gesetzlich eingeführt.

Ein Erfolg der Friedensbewegung, dem 16.500 Anträge folgten.

Trotz Kriegshysterie und Unterdrückung kam es am 3. Oktober 1915 zu einem ersten internationalen Aktionstag der Arbeiterjugend gegen den Krieg, an dem 120.000 Jugendliche teilnahmen.

In Deutschland und Österreich wurde dieser durch Polizei und Militär brutal zerschlagen. Ein Jahr später beteiligten sich bereits 400.000 Jugendliche.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Mit diesem Exkurs in die Vergangenheit möchte ich eine konkrete Forderung der Gewerkschaftsjugend verbinden.

Wir sind gegen die Militarisierung der Gesellschaft, insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Vor allem die verstärkte Werbung der Bundeswehr in Schulen lehnt die Gewerkschaftsjugend ab.

Wir sprechen uns gegen die Bundeswehr als Lehrkraft oder in der Berufsberatung aus. An Schulen, in Ausbildungsbetrieben, an Hochschulen und Arbeitsämtern hat sie nichts verloren. Wir lehnen auch Kooperationen zwischen der Bundeswehr und dem Schulministerium kategorisch ab.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir Gewerkschaften stellen die zivile Produktion über Rüstungsexporte. Daher wird das neue Abkommen der Vereinten Nationen zum Waffenhandel begrüßt, auch wenn die

vielen Schwächen bekannt sind. Die existierenden Rüstungsexportkontrollen sind aber lückenhaft. Ein wirksames internationales Abkommen zur Waffenkontrolle muss daher eine nachvollziehbare Prüfung vor der Exportgenehmigung und eine effektive Endverbleibkontrolle vorsehen.

Anstelle militärischer Mittel braucht die Welt Entmilitarisierung und gewaltfreie Lösungen, dafür stehen die Gewerkschaften.

Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Wir fordern die Bundesregierung auf, jegliche direkte oder indirekte Unterstützung von militärischen Interventionen, die nicht von einem Mandat der Vereinten Nationen gedeckt sind, zu unterlassen oder zu beenden.

Die Arbeitnehmerorganisationen streben eine Welt ohne Atom- und andere Massenvernichtungswaffen an. Mögliche Ursachen von Konflikten und Kriegen sind zu beseitigen, Deutschland muss seine Rüstungsausgaben senken.

Die ungelöste Krise in Europa könne jedoch zur Gefahr werden. Daher sei dringend ein Politikwechsel in Richtung mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit nötig. Insbesondere die dramatische Jugendarbeitslosigkeit ist eine schwere Hypothek für Europas Zukunft. Wir fordern ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Europa.

Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Gewerkschaftsjugend ist gegen eine militärische Intervention in Syrien. Mit einem Bombenkrieg will man gegen das Assad-Regime vorgehen. Gezielt sollen Militärbasen, Häfen und Infrastruktur zerstört werden. Ironischerweise wird gerade durch einen Krieg gegen Assad der Al Kaida-Ableger Al Nusra gestärkt.

Den Menschen wird es durch diesen Bombeneinsatz nicht besser gehen. Denn Bomben bringen keinen Frieden! Dieser Einsatz stellt nichts anderes dar, als eine weitere Eskalationsstufe. Wer soll denn tatsächlich glauben, dass mit Bomben das Leid der Zivilbevölkerung verringert wird? Wir sagen NEIN zum Krieg!

Liebe Freundinnen und Freunde,

Die USA und die Britische Regierung behaupten, Beweise zu haben, dass es sich bei dem Chemiewaffeneinsatz in der Nähe von Damaskus, um einen Angriff des Assad-Regimes handelt.

Dies erinnert sehr an die „Beweise“ für Massenvernichtungswaffen im Irak, die 2003 der Weltöffentlichkeit vorgelegt wurden. Statt Kriegshysterie zu schüren müssen unabhängige Untersuchungsergebnisse vorliegen. Und die Urheber des Angriffes, müssen für dieses Verbrechen juristisch zur Verantwortung gezogen werden.

In Syrien wird derzeit ein Stellvertreterkrieg geführt! Seit Monaten wird die Freie Syrische Armee und der Al Kaida Ableger El Nusra von ihren Verbündeten Qatar, Türkei und Saudi Arabien mit Unterstützung des Westens mit Waffen und Geld beliefert.

Auf der anderen Seite wird das Assad-Regime von Russland, China und dem Iran unterstützt. Syrien ist so zu einem Bürgerkriegsschauplatz geworden!

Ziel dabei ist es, die Neuordnung des Nahen Ostens voranzutreiben, egal ob das Menschenleben kostet oder nicht.

Deshalb rufen wir dazu auf, gemeinsam gegen diesen Krieg vorzugehen. Weder die USA, noch Deutschland, die Türkei oder andere haben etwas direkt oder indirekt in Syrien verloren! Wir sind solidarisch mit der Bevölkerung in Syrien und stellen noch einmal klar: Bomben werden weder Frieden, noch Freiheit oder Demokratie bringen.

Von der deutschen Regierung fordern wir keinerlei direkte oder logistische Unterstützung jeglicher kriegerischer Handlung gegen die syrische Bevölkerung sowie ein Stopp aller Waffenexporte in den Nahen Osten!

Vielen Dank und

Es lebe der Friede!